

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. September 2017	113
2	Finanzen	114
	A) Genehmigung des Investitionsplans 2017 - 2022	
	B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2018	
	C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2017 - 2022	
3	ICT Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern; Verpflichtungskredit	121
4	Wiesenstrasse 35 + 35A; Sanierung nach BEakom; Kreditabrechnung	124
5	Postulat forum betr. Vision Bärtschihus; Zwischenbericht	125
6	Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken!	125
7	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	126
8	Neue parlamentarische Vorstösse	127

Der Vorsitzende eröffnet die 387. Sitzung und stellt die Anwesenheit von momentan 33 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreter der Presse sowie die Gäste. Speziell begrüsse er aus der Verwaltung Reto Rutschi, Finanzverwalter, sowie Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, welche bei den Traktanden 2 resp. 3 zur Verfügung stehen würden.

Der Vorsitzende informiert, am 13. Oktober 2017 sei Hans-Peter Weiss verstorben. Er habe in Gümligen gewohnt und für die SP politisiert. Von 1989 bis 1996 sei er Mitglied des GGR gewesen. Um die Dienste von Hans-Peter Weiss für die Gemeinde zu würdigen, bitte er den Rat, einen Moment in Stille zu verweilen.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 19. September 2017

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

Der Vorsitzende führt aus, er habe eine persönliche Bemerkung zu den Mitteilungen, letzter Absatz, anzubringen. Den Umtrunk nach der September-Sitzung hätten Carole Klopstein und Martin Humm, unter Mitwirkung des forums, vorbereitet. Dies stehe nicht ganz so im Protokoll. Da es sich aber nicht um eine Unrichtigkeit bei den Sachgeschäften handle, möchte er keine Berichtigung anbringen, sondern einfach noch einmal auf die Mitwirkung von Martin Humm beim Apéro hinweisen und diese verdanken.

2 Finanzen

- A) **Genehmigung des Investitionsplans 2017 - 2022**
- B) **Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2018**
- C) **Kenntnisnahme des Finanzplans 2017 - 2022**

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Finanzverwalter Reto Rutschi zur Verfügung.

Peter Kneubühler führt aus, die GPK empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den vom Gemeinderat beantragten Beschluss zu unterstützen, d.h. den Investitionsplan 2017-2022 und das Budget 2018, das mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'083'530.00 im Gesamthaushalt rechne, zu genehmigen, sowie den Finanzplan 2017-2022 zur Kenntnis zu nehmen. Die GPK habe sich den Investitionsplan 2017-2022, das Budget 2018 und den Finanzplan 2017-2022 vom Gemeindepräsidenten Thomas Hanke und vom Finanzverwalter Reto Rutschi ausführlich erläutern lassen. Im Rahmen ihrer Beratung habe die GPK die Gemeindefinanzen, welche heute zur Diskussion vorliegen würden, detailliert unter die Lupe genommen und insbesondere das Budget 2018 kapitelweise geprüft. Dabei hätten sowohl der Finanzverwalter wie auch der Gemeindepräsident alle aus der Mitte der GPK gestellten, teilweise auch kritischen Fragen nicht nur in kompetenter Manier, sondern auch auf plausible Art und Weise beantworten können.

Einen Behandlungsschwerpunkt in der GPK habe der Investitionsplan 2017-2022 gebildet, und zwar wegen der gegenüber dem Vorjahr massiven Steigerung des Investitionsvolumens um CHF 10 Mio. Ein Überblick über die wesentlichen Abweichungen könne dem Investitionsplan unter Ziffer 3 auf Seite 2 entnommen werden. Der Finanzverwalter habe der GPK erläutert, dass es sich diesbezüglich vor allem um eine Investitionszunahme bei den sanierungsbedürftigen Schul- und Kindergartenanlagen handle, wo die rollende Bedarfsplanung jetzt weiter vorangetrieben und konkretisiert worden sei. Im Sinn der Transparenz seien die entsprechend benötigten finanziellen Mittel in den aktuell vorliegenden Investitionsplan aufgenommen worden. Ob die vorgesehenen Projekte bzw. Bauvorhaben zum beabsichtigten Zeitpunkt dann auch tatsächlich realisiert und die damit verbundenen Investitionen getätigt würden, sei aber noch nicht in Stein gemeisselt.

Eine Auswirkung der hohen geplanten Nettoinvestitionen im Umfang von rund CHF 56 Mio. in den Jahren 2017-2022 sei im Finanzplan unter Ziffer 3.4 auf Seite 4 dokumentiert. In Verbindung mit dem schlechten Selbstfinanzierungsgrad – im Finanzplan unter Ziffer 5.1 auf Seite 6 dargestellt – werde sich die Verschuldung der Gemeinde bis Ende 2022 voraussichtlich auf CHF 48 Mio. erhöhen. Diese Entwicklung sei gemäss Aussage des Finanzverwalters kritisch zu beobachten. Sollte sich die bestehende Situation weiter akzentuieren, würde man mittel- bis langfristig vermutlich nicht darum herumkommen, über eine Kürzung der Investitionen, eine Anhebung der Steueranlage und/oder über unter Umständen rigorose Sparmassnahmen zu diskutieren.

Wenige Abweichungen zum Vorjahresbudget würden sich beim Budget 2018 ergeben. Der Fiskalertrag liege praktisch unverändert bei gut CHF 46 Mio. Davon würden 90% von den natürlichen und 10% von den juristischen Personen erbracht. Das für 2018 budgetierte Jahresergebnis falle mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 870'000.00 im Allgemeinen Haushalt ebenfalls fast gleich hoch aus wie im Budget 2017 mit rund CHF 830'000.00. Aus heutiger Sicht könne aufgrund der Finanzplanung

für die Jahre 2017-2022 davon ausgegangen werden, dass bei gleich bleibender Steueranlage von 1,20 ungefähr ausgeglichene Jahresrechnungen zu erwarten seien. Allerdings sei – wie erwähnt – die Selbstfinanzierungssituation der Gemeinde in den nächsten Jahren genau im Auge zu behalten.

Die GPK spreche allen, die an der Erstellung der vorliegenden Finanzhaushaltszahlen mitgewirkt hätten, insbesondere der Finanzverwaltung unter der Leitung von Reto Rutschi, ihren grossen Dank für die geleistete umfangreiche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz aus.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er habe einige Erläuterungen zum Budget, zum Investitionsplan, zum Finanzplan und zum Schluss noch ein kurzes Fazit abzugeben.

Bereits zum dritten Mal sei das Budget nach HRM2 erstellt worden. Dem Rat werde eine unveränderte Steueranlage von 1,20 vorgeschlagen. Wie der GPK-Sprecher schon erwähnt habe, ergebe sich ein Aufwandüberschuss von rund CHF 870'000.00. Für 2018 könne zum vierten Mal in Folge ein Budget mit einem sehr geringen Aufwandüberschuss vorgelegt werden; immerhin seien die CHF 870'000.00 in Relation zum Gesamtvolumen von CHF 69,2 Mio. zu setzen. Das Ergebnis sei fast gleich lautend wie im Budget 2017 und dürfe als zufriedenstellend bezeichnet werden, zumal es auch auf einem Nettoinvestitionsvolumen von CHF 8,3 Mio. basiere. Gegenüber dem Budget 2017 gebe es einige Feststellungen:

- Es liege ein unveränderter Fiskalertrag vor. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden wie z.B. Ittigen hätten wir einen sehr geringen Anteil an juristischen Personen, nämlich 10%. 80% würden die Steuern der natürlichen Personen und 10% die Grundstückgewinnsteuern, Erbschaftssteuern etc. ausmachen. Es sei eine solide Basis vorhanden, aber es müsse ein Augenmerk auf den stagnierenden Steuerertrag gerichtet werden, zumal man ja wisse, dass die Steuergesetzrevision des Kantons aufgegleist sei. Das Nachfolgeprojekt des Bundes für die USR III sei noch offen, führe aber bestimmt zu einer Einnahmenminderung.
- Die Finanz- und Lastenausgleiche würden noch einmal um CHF 0,4 Mio. zunehmen.
- Der Personalaufwand könne fast stabil gehalten werden; er nehme um 1,13% zu. Darin enthalten sei ein angedachter Teuerungsanteil von 1% für individuelle Teuerungsanpassungen – worüber der Rat heute Abend nur den Grundsatz und der Gemeinderat dann im Dezember den effektiven Betrag beschliesse – sowie eine neue HR-Stelle.
- Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand liege eine leichte Steigerung um 1,19% vor, was in einem Streubereich liege. Letztes Jahr zur gleichen Zeit habe festgestellt werden können, dass dieser Aufwand gegenüber dem Vorjahr um 0,6% gesunken sei. Wenn man eine Mittelrechnung vornehme, sei er also in etwa gleich geblieben.
- Die Abschreibungen seien stabil bei CHF 3,07 Mio.

Zur Erreichung des in den Augen der Finanzkommission und des Gemeinderats vertretbaren Defizits sei grosses Gewicht auf eine sorgfältige Budgetierung der Aufwand- und Ertragspositionen gelegt worden, was mit dem vorliegenden Resultat auch erreicht worden sei.

Bei den Finanzkennzahlen werde u.a. im Jahr 2018 der Selbstfinanzierungsgrad mit 25,3% prognostiziert. Dass dies mittelfristig zu Problemen führen könne, sei dem Gemeinderat bewusst und er werde die Entwicklung dieser Kennzahl genauestens beobachten. Für das Jahr 2018 sehe der Gemeinderat jedoch davon ab, Investitionen zurückzustellen. Zusammen mit den Konsequenzen aus der kantonalen Steuergesetzrevision ab 2019 und dem USR III-Nachfolgeprojekt des Bundes werde es seine Aufgabe sein, dem Parlament oder allenfalls dem Stimmvolk ausgewogene Budgetvor-

lagen zu unterbreiten. Mit der beantragten gleich bleibenden Steueranlage wahre die Gemeinde Muri bei Bern zudem die Attraktivität als eine der steuergünstigsten Standorte im Kanton Bern, was sie auch bleiben wolle.

Die Investitionsrechnung sehe für das kommende Jahr Nettoausgaben im Umfang von CHF 8,3 Mio. vor. Die wichtigsten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr seien im Investitionsplan auf Seite 2 aufgelistet. Zudem sei ein klares Bekenntnis zur Wert-erhaltung bzw. Wertvermehrung der Schulliegenschaften daraus ersichtlich. Der vorliegende Investitionsplan beinhalte Nettoinvestitionen von insgesamt CHF 55,7 Mio. – vorbehältlich der Genehmigung durch die finanzkompetenten Organe (Gemeinderat, Parlament, Stimmvolk) –, was einem jährlichen Durchschnitt von CHF 9,3 Mio. entspreche. Die Investitionsspitzen würden in den Jahren 2019 und 2021 liegen. Mit dem Investitionsplan gebe der Gemeinderat auch ein Bekenntnis ab, dass die Gemeinde in der Regel jährlich – soweit die Finanzierung gesichert sei – durchschnittlich über CHF 8 Mio. investieren sollte, um ihre Attraktivität halten zu können.

Der Finanzplan weise eine stabile Entwicklung des Finanzhaushaltes in den kommenden Jahren aus. Über die gesamte Dauer betrachtet würden die jährlich erwarteten Unterdeckungen bei durchschnittlich CHF 0,44 Mio. liegen, was 0,12 Steueranlagenezehnteln entspreche und in einem absoluten Streubereich liege. So werde die Rechnung 2017 – Stand heute – besser als mit dem budgetierten Defizit von CHF 826'370.00 abschliessen. In einer Gesamtbetrachtung könne nach heutigem Stand aufgrund der Finanzplanung sowie verbunden mit einem Fragezeichen betreffend Auswirkungen der anstehenden Steuergesetzrevisionen insgesamt festgestellt werden, dass bei gleich bleibender Steueranlage in etwa ausgeglichene Jahresrechnungen zu erwarten seien. Ein Augenmerk gelte es – wie Peter Kneubühler schon ausgeführt habe – auf folgende zwei Aspekte sehr stark zu richten:

- tiefe Selbstfinanzierung
- Anstieg der Schulden, da zu wenig cash flow vorhanden sei.

Fazit: Die Gemeinde Muri bei Bern dürfe weiterhin für sich in Anspruch nehmen, dass sie ihren Finanzhaushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Weitsichtigkeit führe. Der Gemeinderat zeige mit dem Budget 2018 und dem Investitionsplan auf, dass auch in Zukunft alles daran gesetzt werde, damit die Gemeinde äusserst attraktiv bleibe.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse das Budget durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktions-erklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan 2017-2022 kapitelweise, Budget 2018 kapitelweise, Finanzplan 2017-2022.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Patrick Rösli erklärt namens der forum-Fraktion, die Unterlagen zum Budget 2018 seien umfassend und gut lesbar aufbereitet worden. Das forum spreche dafür den verantwortlichen Personen seinen herzlichen Dank aus. Zusammen mit der Informationsveranstaltung vom 17. Oktober 2017 mit dem Referat von Reto Rutschi seien aus Sicht des forums alle wesentlichen Aspekte des Budgets 2018 dargelegt und erläutert worden.

- Zur Genehmigung des Investitionsplans: Die geplanten Investitionen zwischen 2017 und 2022 von insgesamt CHF 55 Mio. würden transparent dargestellt erscheinen und das forum werde den Investitionsplan unterstützen.

- Das Budget mit der ordentlichen Gemeindesteueranlage von 1,20, den weiteren genannten Parametern und mit dem dargestellten Aufwandüberschuss erscheine dem forum ebenfalls plausibel.
- Zum Antrag C: Das forum nehme den Finanzplan 2017 bis 2022 zur Kenntnis.

Beat Schmitter führt aus, die FDP-Fraktion habe die zur Verfügung gestellten Unterlagen gesichtet und diskutiert. Es sei klar, dass jedes Budget mit einem Ausgabenüberschuss nur teilweise befriedigend sei. Die FDP sei aber zur Überzeugung gelangt, dass das vorliegende Budget und auch der Finanz- und der Investitionsplan den Möglichkeiten der Gemeinde entsprechen würden. Es sei schon gesagt worden, dass sich genauere Voraussagen – nicht zuletzt wegen den anstehenden Gesetzesrevisionen auf Bundes- und Kantonsebene – nicht machen liessen. Erfreulich sei, dass der Gemeinderat im Sinn eines sorgfältigen Umgangs mit Steuermitteln die Entwicklung der Sachausgaben genau verfolge und auch erfolgreich eingeschränkt habe, dort wo es möglich sei. Die Gemeinde Muri habe in verschiedenen Bereichen einen vergleichsweise hohen Standard ihrer Leistungen. Dies sei aber wahrscheinlich im Sinn der Erhaltung der Attraktivität der Gemeinde auch erwünscht. Die FDP sei der Meinung, dass dem Gemeinderat die Suche nach einem Mittelweg zwischen Bedürfnissen und Möglichkeiten gut gelungen sei. Erfreulich sei, dass der Investitionsplan – so wie dies in früheren Jahren von verschiedenen Seiten angeregt worden sei – höhere Investitionen vorsehe. Es sei gut, dass sämtliche denkbaren Investitionen, auch wenn sie dann vielleicht später nicht alle realisiert werden könnten, aufgelistet würden; damit liege eine Transparenz vor. Sowohl der Gemeinderat als auch der Grosse Gemeinderat könnten immer, bei allen Geschäften, notfalls noch Änderungen oder Rückstellungen vornehmen, Bremsklötze werfen oder sie bewilligen. Es sei zu hoffen, dass der Realisierungsgrad der geplanten Investitionen hoch gehalten werden könne und nicht durch Risiken oder Einsparungen reduziert werde.

Ein wenig Sorgen bereite der FDP die Tatsache, dass am Ende der Finanzplan-Periode der Bilanzüberschuss unter den Eckwert von 3 Steuerzehnteln sinken solle. Es bestehe aber auch das Problem der Selbstfinanzierung und der Anstieg der Schulden, wie schon gesagt worden sei. Sowohl der Gemeinderat als evtl. auch der Grosse Gemeinderat müssten diese Entwicklung in den nächsten Jahren genau verfolgen. Auch die FDP-Fraktion danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für die sorgfältig und illustrativ aufbereiteten Zahlen und stimme allen Anträgen zu.

Rudolf Waber führt aus, auch die SP-Fraktion bedanke sich herzlich für die ausführlichen Unterlagen und ebenso für die Informationsveranstaltung vom 17. Oktober 2017. Unter diesen Aspekten genehmige die SP-Fraktion den vorliegenden Investitionsplan. Zum Budget habe die SP folgende Feststellungen anzubringen: Eigentlich gelte als Zielgrösse, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen und dies sei auch jetzt, so wie im Vorjahr, nicht gelungen. Dass wiederum ein Minus budgetiert worden sei, löse bei der SP ungute Gefühle aus. Dies auch aufgrund der Verschuldung, welche aus dem Finanzplan ersichtlich sei. Gemäss dieser Aufstellung werde die Verschuldung in den Jahren ab 2019 zunehmen. In den vergangenen Jahren hätten wir letztendlich in der Jahresrechnung immer wieder von ausserordentlichen Steuererträgen profitieren können. Immer werde dies aber nicht so sein. Die SP sei der Meinung, dass man sich darüber Gedanken machen müsste, künftig auf der Ertragsseite mehr zu generieren. Damit wäre es uns in Zukunft auch möglich, die anstehenden Investitionen zu finanzieren. Die SP sage mit einem leicht unguuten Gefühl ja zum Budget 2018.

Reto Lauper erklärt, auch die SVP-Fraktion danke den verantwortlichen Personen für das ausgewogene Budget und die vorliegende Investitionsplanung. Man habe nichts weltbewegend Neues entdeckt und keine krasse Systemänderung festgestellt, was vermutlich auch nicht schlecht sei. Die Informatiker würden jeweils sagen: "never touch a running system". Dies habe hier vielleicht auch ein wenig Einfluss; wir würden die

nächsten Jahre gut aufgestellt bleiben, bei guten und angepassten Investitionen. Innerhalb der Fraktion seien spannende Diskussionen geführt worden und um es gleich vorwegzunehmen: Auch die SVP-Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Sie freue sich über die gleich bleibende Steueranlage, werde aber ebenfalls weiterhin ein wachsames Auge auf die Kennzahlen haben, wie dies soeben von der SP angesprochen worden sei. Reto Rutschi und der Gemeinderat seien der Meinung, dass der budgetierte kleine Aufwandüberschuss bei einem jährlichen Umsatz von rund CHF 70 Mio. marginal sei und ausserdem Planungsunsicherheiten unterliege. Die SVP teile diese Meinung und könne ihr voll und ganz zustimmen.

Zur Investitionsplanung: Dort seien zwei Punkte enthalten, welche nun gegenüber dem Vorjahr auf p.m. gesetzt worden seien. Er spreche hier nicht gerade die Abfallsammelstelle an, sondern wolle vielmehr bezüglich Photovoltaikanlage auf der Aebnit-Schulanlage – bei welcher ja anscheinend weiterhin die Absicht bestehe, diese bis 2022 zu realisieren – pro memoria auf sein Postulat "Öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Muri-Gümligen" hinweisen. Es wäre ein super Ort, um so etwas zu realisieren. Er liege zwischen beiden Ortsteilen, der Strom werde vor allem tagsüber gebraucht und je nach nachfolgendem Traktandum könnte man eventuell sogar die Laptops mit schuleigen produziertem Strom füllen.

Detailberatung Investitionsplan 2017 – 2022

Vorbericht, S. 1-4

Keine Bemerkungen

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung, S. 8

(Die Zusammenzüge S. 5-7 werden übersprungen)

Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit S. 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung, S. 9 + 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Kultur, Sport und Freizeit, S. 10 + 11

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Soziale Sicherheit, S. 11

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr, S. 12 + 13

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Umweltschutz und Raumordnung, S. 13 + 14

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft, S. 14

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Finanzen und Steuern, S. 14

Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget 2018

Rechnungslegungsgrundsätze, S. 1

Keine Bemerkungen

Erläuterungen, S. 1-4

Keine Bemerkungen

Ergebnisse, S. 5-8

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung, S. 9

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 10

Keine Bemerkungen

Eigenkapitalnachweis, S. 11

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung nach funktionaler Gliederung ER

Allgemeine Verwaltung, S. 13-15

Keine Bemerkungen

Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 16-18

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 19-23

Keine Bemerkungen

Kultur, Sport und Freizeit, S. 24-28

Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 29

Keine Bemerkungen

Soziale Sicherheit, S. 30-34

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 35-37

Keine Bemerkungen

Umweltschutz und Raumordnung, S. 38-40

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 41

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 42-44

Keine Bemerkungen

Sachgruppengliederung ER

Aufwand, S. 45-48
Keine Bemerkungen

Ertrag, S. 49-51
Keine Bemerkungen

Abschluss, S. 52
Keine Bemerkungen

Funktionale Gliederung IR

Funktionale Gliederung IR HRM2, S. 53-57
Keine Bemerkungen

Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2018, S. 58
Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2017 – 2022

Vorbericht, S. 1-11
Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse, S. 12
Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung, S. 13
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 14
Keine Bemerkungen

Planbilanz, S. 15
Keine Bemerkungen

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Peter Kneubühler noch von Thomas Hanke verlangt.

Der Vorsitzende erklärt, die Beschlüsse zu lit. B würden dem fakultativen Referendum unterliegen und er hält die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest.

Er habe zudem noch einen Nachtrag personeller Natur anzubringen: Herr Jürg Bürki, stellvertretender Finanzverwalter, sei ebenfalls hier im Saal anwesend und er heisse ihn herzlich willkommen.

Der Vorsitzende weist weiter darauf hin, dass gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung die Beschlüsse zu lit. A und B (*Berichtigung zu lit. B s. unter Traktandum 7*) der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder, also 21, bedürften.

Beschluss

A) *Investitionsplan 2017 – 2022* (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

- Genehmigung des Investitionsplans 2017 – 2022

B) *Budget 2018* (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2018 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,20-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2% des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00;
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Budget 2018 insgesamt maximal 1,0% zur Verfügung gestellt;
4. Das Budget 2018 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand Gesamthaushalt	CHF	69'209'730
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF	68'126'200
	Aufwandüberschuss	CHF	- 1'083'530
davon	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	67'374'230
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	66'500'800
	Aufwandüberschuss	CHF	- 873'430
	Aufwand Abfall	CHF	1'835'500
	Ertrag Abfall	CHF	1'625'400
	Aufwandüberschuss Abfall	CHF	- 210'100

C) *Finanzplan 2017 – 2022*

- Kenntnisnahme des Finanzplans 2017 – 2022

3 ICT Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern; Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, zur Verfügung.

Daniel Arn führt als GPK-Sprecher aus, Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, und Gemeinderat Stephan Lack hätten der GPK das Geschäft "ICT Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern" eingehend präsentiert und erläutert. Es sei eine stolze Summe, mit einer Investition von rund CHF 1,5 Mio., verteilt über die nächsten 6 Jahre sowie in der Folge jährlich wiederkehrende Aufwendungen von rund CHF 150'000.00. Für die GPK seien die Kosten nachvollziehbar gewesen und die detaillierte Aufstellung lasse fast keine Fragen mehr offen. Mit diesem Projekt katapultiere sich die Schule Muri-Gümligen in die Champions League und sei parat für den Lehrplan 21, jedenfalls was die IT-Infrastruktur anbelange. Einziger Wermutstropfen sei, dass die Erziehungsdirektion den Gemeinden Vorgaben bezüglich dem Aufrüsten mache, beim Lehrmittelverlag aber irgendwie kusche. Der GPK gegenüber sei aber angetönt worden, dass die "heilige Kuh" Lehrmittelverlag langsam geknackt werden solle, so dass die ganze Investition auch wirklich Sinn mache. Die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat einstimmig, das vorliegende Geschäft gemäss Botschaft anzunehmen.

Stephan Lack erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, es sei ihm bewusst, dass er als Ressortchef Bildung heute mit einem Geschäft in den Grossen Gemeinderat komme, das uns mit rund CHF 1,5 Mio., gestaffelt über 6 Jahre, einen rechten Batzen kosten werde. Trotzdem sei er überzeugt, dass wir das Richtige machen würden und wir uns diese Investition für die Schule Muri zu Gunsten der Ausbildung unserer nächsten

Generation ohne Wenn und Aber leisten müssten. Die Digitalisierung sei DER Megatrend und dieser gehe natürlich viel weiter, als nur in die Schulen. Was nun in den Schulen gemacht werde, sei wie immer eine Folge davon. Die Digitalisierung schreite rasant und unaufhaltsam voran. Die Arbeitswelt verändere sich; schon bald würden in 90% aller Berufe digitale Kompetenzen benötigt. Gewohnte Berufe und Arbeitsplätze würden verschwinden, neue entstehen. Die Digitalisierung werde zu einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel führen und sie werde und müsse auch die Volksschule grundlegend verändern. Es sei den Autoren des Lehrplans 21 zugute zu halten, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hätten und im Modul "Medien und Informatik" verbindliche Zielsetzungen vorgeben würden. Der Lehrplan 21 werde im Kanton Bern im kommenden Schuljahr eingeführt und sei für uns verbindlich. In ihrem Leitbild verpflichte sich die Gemeinde zu einem qualitativ hochstehenden Bildungsangebot, das allen Kindern und Jugendlichen optimale Aus- und Weiterbildungschancen eröffne. Auch die Leistungserbringung im Gemeinwesen werde durch die Digitalisierung in den nächsten Jahren entscheidend verändert.

Das neue Konzept zur Informations- und Kommunikationstechnologie der Schule Muri (kurz ICT) sei unter der Leitung des geschäftsführenden Schulleiters Rolf Rickenbach und von den IT-Verantwortlichen der verschiedenen Schulkreise der Schule Muri, unter Beizug von Fachpersonen aus dem IZ Köniz-Muri sowie der renommierten Firma Netree AG, professionell erarbeitet worden. Die gestaffelte und gezielte Anschaffung der Tablets und Notebooks für unsere Schüler sei nun der logische und entscheidende nächste Schritt, nachdem die Glasfaserverbindungen in die einzelnen Schulhäuser, die Basisdienste sowie die leistungsstarke WLAN-Verkabelung im letzten Jahr hätten erstellt worden können. Nebenbei sei hier erwähnt, dass die Erarbeitung des Konzepts dank der hoch professionellen Leistung der IT-Projektgruppe weniger als CHF 10'000.00 gekostet habe. Er wolle nicht benennen, was so etwas kosten würde, wenn man es auswärts gegeben hätte; sicherlich eine sechsstellige Zahl. Er wolle sich darum bei dieser Gelegenheit im Namen des Gemeinderats bei dieser Arbeitsgruppe ganz herzlich für den grossen und professionellen Einsatz bedanken.

Das ICT Gesamtkonzept und der damit verbundene Verpflichtungskredit werde von der Schulleitungskonferenz, der Schulkommission und dem Gemeinderat vorbehaltlos unterstützt. Es sei aus seiner Sicht ein unabdingbarer Schritt, die Schule Muri im Zuge der rasch fortschreitenden Digitalisierung in die Spitzengruppe im Kanton Bern zurückzuführen. Ob es denn gerade die Champions League sei – er sage mal die Super League. Wir würden also in die Spitzengruppe zurückkehren, aber man müsse sehen, dass wir momentan in Muri in der Nationalliga B "umherdümpeln" würden; dies müsse einmal gesagt werden. Er bitte die Ratsmitglieder herzlich darum, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Matthias Gubler führt aus, die FDP.Die Liberalen-Fraktion habe an ihrer Sitzung vom 19. Oktober 2017 dieses Gesamtkonzept detailliert besprochen und hinterfragt. Viele Mitglieder der Fraktion, darunter auch er selber, seien am Infoabend der Gemeinde bereits durch Rolf Rickenbach sehr gut informiert worden. Dieses grosse Projekt sei sehr seriös und unter Zuzug von Spezialisten erarbeitet worden. In Anbetracht der rasant wachsenden Digitalisierung und dem am 1. August 2018 in Kraft tretenden Lehrplan 21 seien diese Investitionen für unsere Gemeinde unabdingbar. Zudem positioniere sich unsere Gemeinde in diesem Bereich in unserer Region als Vorreiterrolle sehr gut. Im Lehrplan 21 sei auch vorgesehen, dass die Schüler einzelne Arbeiten selbständig und eben mit Hilfe eines Notebooks oder iPads erledigen müssten. Die Lehrer würden vorgängig dahingehend ausgebildet. Die FDP setze sich für Bildung und Fortschritt ein. Auch wenn die Kosten für dieses Konzept in den nächsten 6 Jahren hoch seien, müsse unsere Jugend für die Zukunft auch hinsichtlich digitaler Medien top

sein. Die FDP, die Liberalen stimme mit Überzeugung dem Gesamtkonzept mit Verpflichtungskredit zu.

Jennifer Herren erklärt namens der SVP-Fraktion, sie lasse es nicht zur Regel werden, dass sie vom Podium hinab Fraktionserklärungen abgebe. Im vorliegenden Fall biete sich dies indessen an, da sie Mitglied der Schulkommission sei. Mit der Umsetzung des ICT-Konzepts werde Muri, was die IT-Ausstattung anbelange, im Kanton Bern oder vielleicht auch darüber hinaus zur Spitze gehören. Trotzdem sei das Konzept kein Prestigeobjekt, welches weit über das Ziel hinausschiesse. Im Gegenteil: Es setze Vorgaben um, die wir ohnehin erfüllen müssten, nämlich insbesondere die Empfehlung der Erziehungsdirektion und den Lehrplan 21. Mit diesem Konzept würden wir anerkennen, dass die Digitalisierung – genauso wie unsere Schülerinnen und Schüler – unsere Zukunft darstelle. Indem die Schule den Schülerinnen und Schülern die Geräte, abgestuft nach Alter, abgebe und sie mit einer Vereinbarung zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den neuen Medien anleite, Sorge sie für eine Sensibilisierung für die Risiken, die eben auch mit den neuen Medien verbunden seien. Indem sich der GGR heute für die vorgeschlagene Lösung – und insbesondere gegen das "bring your own device" – entscheide, übernehme er seinen Teil der Verantwortung. In diesem Sinn bedanke sich die SVP-Fraktion bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Konzepts, insbesondere bei Rolf Rickenbach und Adrian Kauth. Die SVP-Fraktion werde dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Patricia Messerli führt aus, die forum-Fraktion begrüsse und unterstütze den vorliegenden Antrag, und zwar aus zwei Gründen: Unser Schulsystem stehe vor einem grossen Wandel. Im Lehrplan 21 nehme die Informatik einen wichtigen Platz ein. Vor 40 Jahren habe sie in der Schule karierte, abwaschbare Schreibräfen erhalten. 2008, d.h. vor knapp 9 Jahren, habe die Erziehungsdirektion die Empfehlung abgegeben, "mindestens drei vernetzbare Geräte" anzuschaffen. Dies reiche heute nicht mehr aus. Der Zugriff aufs Internet werde in den nächsten Jahren so selbstverständlich werden wie das Aufschlagen von Büchern, wobei sie natürlich hoffe, dass die heutigen Schüler auch in Zukunft noch Bücher lesen würden. Wie Stephan Lack bereits ausgeführt habe, sei das Thema Digitalisierung hochaktuell. Das Elternmagazin "Fritz und Fränzi" habe die aktuelle Ausgabe der "Digitalen Revolution im Klassenzimmer" gewidmet und der "Blick" habe gestern eine ganze Seite zum Lernen mit Tablets, Robotern und Computerspielen abgedruckt. Auch wenn uns dies etwas Angst mache, würden Studien zeigen, dass der digitalisierte Unterricht das Lernen effizienter mache und die Verwendung von Computern im Unterricht – und nicht nur zu Hause – sogar die Sozial- und Selbstkompetenz der Schüler fördere. Die gesetzlichen Grundlagen für das vorliegende Geschäft würden sich in den kantonalen Vorgaben und im Lehrplan finden. Deshalb hätten wir heute gar nicht mehr die Wahl, ob wir ICT in den Schulen verwenden wollten, sondern nur noch in welcher Form.

Der Kanton mache es sich natürlich etwas einfach. Er übertrage den Gemeinden die Verantwortung, die notwendige Infrastruktur für die Einrichtung der Schulen mit Netzwerken, Servern und Geräten bereitzustellen. Uns bleibe gar nicht viel anderes übrig, als die Empfehlungen umzusetzen. Diese Umsetzung habe halt ihren Preis; CHF 1,5 Mio. sei viel Geld, aber dies müsse es uns für die Zukunft unserer Kinder auch wert sein. Man gehe nämlich – wie Stephan Lack schon ausgeführt habe – davon aus, dass 30% der heutigen Schüler in Berufen arbeiten würden, die es heute noch gar nicht gebe. Kenntnisse in Programmieren und Informatik würden Grundvoraussetzungen für diese neuen Berufe sein. Eine funktionierende ICT in den Schulen von Muri-Gümligen sei unumgänglich. Wer selber schulpflichtige Kinder habe, wisse, dass im Fremdsprachenunterricht schon Computer im Einsatz seien. Das vorgeschlagene ICT-Konzept überzeuge die forum-Fraktion und sei in ihren Augen auch dringend notwendig. Sie begrüsse zudem, dass man sich entschlossen habe, gestaffelt Geräte für die Schülerinnen und Schüler zu kaufen und nicht der Variante "bring your own device"

den Vorzug gegeben habe. So sei auch sichergestellt, dass die Kinder der gleichen Klasse die gleichen Laptops hätten und es gebe keine Benachteiligungen oder Druck auf die Eltern, welche Geräte sie nun kaufen sollten. Punktuell – dies sehe das Konzept ja auch vor – könnten die Kinder immer noch eigene Geräte, z.B. ihr Smartphone, zum Herstellen von Filmen oder zum Fotografieren einsetzen. Deshalb unterstütze die forum-Fraktion das ICT-Gesamtkonzept sowie den Rahmenkredit und danke Rolf Rickenbach und den anderen Beteiligten für die Ausarbeitung dieses Geschäfts.

Urs Grütter (SVP) erklärt, er sehe, wie sich sein Beruf verändert habe, was er heute anders mache als vor 30 Jahren; er arbeite praktisch nur noch am Computer. In diesem Zusammenhang müsse die Kantonsschelte noch etwas vertieft werden. Es gehe ja wirklich nicht an, dass der Kanton uns armen Gemeinden vorschreibe, was wir in der Schule zu tun hätten und uns gleichzeitig noch vorschreibe, dass wir die alten Lehrmittel in gedruckter Form nach wie vor ebenfalls abgeben müssten. Dies koste eine ganze Stange Geld, die man sinnvollerweise besser in die ICT investieren würde. Dies scheine aber offenbar nicht zu interessieren. Der Kanton müsste eigentlich die Gemeinden, die diese Infrastruktur bringen würden, davon entlasten, parallel dazu noch die Printmedien zu unterstützen, nur weil irgendjemand gut lobbyiert habe im Grossen Rat. Dies dürfe hier wirklich einmal betont werden. Die Doppelspurigkeit mache keinen Sinn; den Gemeinden würden damit unnötige Kosten aufgesteckt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Daniel Arn noch von Stephan Lack verlangt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung der Beschluss der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder bedürfe.

Beschluss (einstimmig)

1. Das ICT-Gesamtkonzept Schule Muri bei Bern wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die Umsetzung des ICT-Gesamtkonzepts Schule Muri bei Bern wird ein Rahmenkredit von CHF 1'500'000.00 für die Jahre 2017 bis 2022 bewilligt.
3. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

4 Wiesenstrasse 35 + 35A; Sanierung nach BEakom; Kreditabrechnung

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für die Sanierung nach BEakom der Liegenschaft Wiesenstrasse 35 + 35A wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 340'000.00 schliesst die Sanierung mit Kosten von CHF 286'351.05 ab (Kreditunterschreitung von CHF 53'648.95).

5 Postulat forum betr. Vision Bärtschihus; Zwischenbericht

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Beat Wegmüller verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) verzichtet als Erstunterzeichnerin des Vorstosses auf ein Votum.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat forum betr. Vision Bärtschihus wird Kenntnis genommen.

6 Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken!

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Beat Wegmüller verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Hinweis:

Parlamentsmitglied Raphael Racine hat vorgängig der Sitzung an die Sitzplätze der GGR-Mitglieder je ein Buch gelegt.

Raphael Racine (SP) erklärt, er gebe ganz transparent zu, dass es sich bei seinem Postulat um einen ziemlich egoistischen Vorstoss handle. Er habe vor allem an sich gedacht; er habe sehr gerne Bücher, lese sehr gerne Bücher und konsumiere auch gerne andere Medien. Vor allem: Noch lieber als lesen kaufe er; er habe längstens nicht alles gelesen, was er gekauft habe in seinem Leben. Noch ein kurzes Wort zur Tischvorlage: Die Bücher seien aus seinem Fundus und nicht etwa ein Ausschuss aus der Gemeindebibliothek. Er habe sich überlegt, ob dies allenfalls schon als Bestechung gelten könnte, da er die Bücher vor der Abstimmung verteilt habe. Es handle sich aber nicht um Bestechung; er mache es ja ganz transparent. Bei einer Bestechung hätte er die Bücher unter dem Tisch hindurchreichen müssen und gestandene Parlamentarierinnen und Parlamentarier würden sich wohl durch ein gebrauchtes Buch auch nicht bestechen lassen. Die Ratsmitglieder seien also bei der Abstimmung selbstverständlich völlig frei. Mit der Stellungnahme des Gemeinderats sei er sehr zufrieden. Er danke auch Patricia Gubler, Leiterin der Gemeindebibliothek, welche für das Projekt offen sei und der Kulturkommission, welche ebenfalls positiv eingestellt sei. Es handle sich um ein kleines Projekt und er hoffe, dass die Ratsmitglieder diesem zustimmen würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Beat Wegmüller nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken! wird überwiesen.

7 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Mitwirkung im Rahmen der OPS 2013+

Thomas Hanke orientiert, im Moment laufe die Mitwirkung für 6 Nutzungsplanungsteilrevisionen. In den letzten Lokal-Nachrichten sei ausführlich beschrieben worden, um welche es sich handle. Er verweise auch auf die Sprechstunde vom kommenden Donnerstag im Gemeindehaus, von 18.00 bis 20.00 Uhr. Es bestehe aber ebenfalls die Möglichkeit, ausserhalb dieser Sprechstunde Fragen zu stellen. Unter anderem sei die ZPP Turbenweg – anlässlich der letzten Sitzung sei diesbezüglich die Durchführung des Gesamtleistungswettbewerbs besprochen worden – eine der Massnahmen. Er wäre froh, wenn sich das eine oder andere Ratsmitglied – dies dürfe durchaus auch positiv sein – dazu äussern würde.

Abstimmungsprozedere zum Traktandum 2

Thomas Hanke weist darauf hin, dass eine Aussage des Ratspräsidenten zum Abstimmungsprozedere beim Traktandum 2 nicht ganz korrekt gewesen sei. Das Budget könne mit dem einfachen Mehr der anwesenden Ratsmitglieder genehmigt werden, im Gegensatz zum Investitionsplan. Für ihn sei nicht klar, wie es dann wäre, wenn das Parlament den Investitionsplan wegen dem Quorum ablehnen, das Budget aber annehmen würde. Er orte in diesem Bereich Klärungsbedarf in der Gemeindeordnung und sei gespannt, was das AGR dazu sagen werde. Wenn jemand heute Abend schon eine schlüssige Antwort hätte, so wäre er empfänglich dafür.

Neuregelung Insektenbekämpfung durch die Feuerwehr

Beat Wegmüller orientiert, der Gemeinderat habe auf Antrag der Geschäftsleitung Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen beschlossen, dass ab dem Jahr 2018 die Insektenbekämpfung neu geregelt werde. Die Feuerwehr AMG habe bisher Einsätze zur Bekämpfung und Beseitigung von Wespen, Bienen und Hornissen übernommen, ohne dass es eine grundsätzliche Aufgabe der Feuerwehr gewesen wäre. Nun habe sich eine Änderung ergeben, welche für die Feuerwehr Folgen habe. Mit den personellen Ressourcen der Feuerwehr sei es nicht mehr möglich, die freiwillige Aufgabe der Insektenbekämpfung vollständig zu erbringen. Der Bund schreibe neu in einer Verordnung vor, dass Personen, die Wespen oder andere Insekten und Hausschädlinge im Auftrag von Drittpersonen bekämpfen würden, eine spezielle Ausbildung von 2 Tagen absolvieren müssten. Diese Ausbildung werde mit einem Fachausweis abgeschlossen. Ohne diesen Fachausweis dürften keine Wespen, Hornissen etc. bekämpft werden. Die Kosten für diese Ausbildung seien erheblich. Im Weiteren würden nicht genügend Feuerwehrangehörige zur Verfügung stehen, welche einen derartigen Fachkurs besuchen könnten. Ferner sei die Insektenbekämpfung nicht gerade harmlos und mit gewissen gesundheitlichen Risiken verbunden. Das Einfangen von Bienenvölkern werde weiterhin durch die Feuerwehr kostenlos organisiert. Für das Einfangen von Bienen sei kein Kursbesuch notwendig, weil keine Insektizide angewandt würden. Es handle sich hier um geschützte Insekten. Die Bevölkerung werde im nächsten Jahr ausführlich über die Neuregelung informiert. Im Weiteren werde noch abgeklärt, welche Organisationen neben den privaten Anbietern, d.h. sogenannten "Kammerjägern", die Bekämpfung von Insekten übernehmen könnten.

8 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Der Vorsitzende orientiert, die nächste GGR-Sitzung finde am 21. November 2017 statt.

Der heutige Umtrunk werde durch die FDP.Die Liberalen-Fraktion bereitgestellt. Für den letzten Umtrunk in seinem Präsidentschaftsjahr würden sich dann die SVP- und SP-Fraktionen zusammenschliessen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Walter Thut

Anni Koch